

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Diebesbande Koblenz

In dem Zeitungsbericht „Vorwurf: Familie hat eingebrochen und geraubt“, veröffentlicht in der Rhein-Zeitung vom 5. Juni 2018, wurde berichtet, dass eine serbische Großfamilie vor dem Koblenzer Landgericht wegen schweren Bandendiebstahls in Koblenz, Bendorf und Neuwied angeklagt ist. Eine Angeklagte ist französische Staatsbürgerin. Den sechs Angeklagten wird vorgeworfen, zwischen April und November 2017 in insgesamt zehn Fällen Diebstähle und Einbrüche verübt zu haben. Die Familie soll einen Duldungsstatus und Sozialleistungen bezogen haben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wann ist mit der Abschiebung der verurteilten Personen nach Serbien zu rechnen?
2. Wird sich die Zentralstelle für Rückführungsfragen bei der Bundespolizei dafür einsetzen, dass die Großfamilie bei der nächsten Rückführung nach Serbien mit abgeschoben wird?
3. Wurde bei der 21-jährigen französischen Staatsangehörigen der Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt von EU-Staatsangehörigen gemäß § 5 Abs. 4 oder § 6 Abs. 1 FreizügG/EU festgestellt?
4. Für wie viele Jahre haben die Verurteilten eine Einreiseperrre für die Bundesrepublik Deutschland erhalten?
5. Wie hoch waren die Kosten für die Untersuchungshaft, und mussten die sechs Angeklagten die Kosten für den Vollzug von Untersuchungshaft auf der Grundlage der §§ 465 Abs. 1, 464 a Abs. 1 Satz 2 StPO, § 1 Abs. 1 GKG i. V. m. Nr. 9011 des Kostenverzeichnisses zahlen?
6. Wie hoch waren die Gerichtskosten, und mussten die sechs Angeklagten die Kosten zahlen?
7. Wie hoch waren die Kosten für die Pflichtverteidiger?

Matthias Lammert